

Umkämpftes Ortsverständnis

Eine Fallstudie zu Rechtspopulismus in Leipzig

Peter Bescherer

1. Einleitung

Für einen Großteil der Menschen ist das Politische zumeist nicht das Alltägliche. Politik (»Sonntagsreden«) oder Arbeit (»Werktag«) von der Sphäre des unmittelbaren Lebens zu trennen, ist jedoch verkehrt. Denn der Alltag hat große Bedeutung für politisches Denken. Damit er aber das Bestehende nicht zementiert, muss der Alltag in seiner Fraglosigkeit aufgebrochen und Distanz zu seinen Kategorien gefunden werden. Stadt und Land sind solche Kategorien, die – wie die Diskussion um den Rechtspopulismus zeigt – Alltagsplausibilität haben, zugleich aber den Blick auf den Alltag verstellen. Dieser Überlegung will ich hier nachgehen und im Rückgriff auf empirische Forschungen in Leipzig zeigen, dass der lokale Alltag beides ist: Teil des Rechtspopulismus und Teil seiner Überwindung.¹

In unserer Forschung (Bescherer et al. 2021) konnten wir zeigen, wie sich die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rassismus und rechten Ressentiments als Auseinandersetzung um Ortsverständnisse erweist. Bedeutung hat demzufolge insbesondere, auf welcher räumlichen Maßstabebene soziale Phänomene platziert werden (in der humangeografischen Debatte als *Scaling* bzw. *Rescaling* bezeichnet) und wie lokale und supralokale Ebenen vermittelt werden. Nachdem ich den Stadt-Land-Gegensatz als Forschungsperspektive zurückgewiesen habe (Kap. 2), möchte ich in drei empirischen Zugriffen solche Auseinandersetzungen um Ortsverständnisse rekonstruieren. Zunächst (Kap. 3) gehe ich auf Interviews mit lokalen Expert:innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft ein. Sie geben einen widersprüchlichen Bezug auf den Ort zu erkennen und illustrieren die Schwierigkeit, lokale und überlokale Bedingungen des Rechtspopulismus zu vermitteln. Diese Schwierigkeit untersuche ich im Anschluss (Kap. 4 u. 5) anhand von Auseinandersetzungen um bezahlbaren städtischen Wohnraum. Als aktivistischer Forscher/forschender Aktivist in einer Leipziger Mieter:inneninitiative konnte ich verschiedene Muster der Rassifizierung der Wohnungskrise rekon-

¹ Ich danke Judith Miggelbrink und Daniel Mullis für hilfreiche Kommentare.

truieren, die mit einem ausgrenzenden Ortsverständnis einhergehen (Kap. 4). Zugleich kann ich durch die Mitarbeit in der Initiative Ansätze zur Diskussion stellen, wie die Auseinandersetzung mit rechten Ressentiments unter Mieter:innen geführt und ein inklusives Ortsverständnis entwickelt werden kann (Kap. 5). Dabei geht es nicht um die »Bekämpfung von Rechtsextremismus«, sondern den Versuch, widersprüchliche »proto-ideologische Impulse« (Candeias 2020: 148) – und in diesem Sinne wird hier von Rechtspopulismus gesprochen – in ein politisches Projekt einzubauen und zu transformieren.

2. Forschungsperspektive – Vom Stadt-Land-Gegensatz zum lokalen Alltag

Beim Versuch, den Zulauf des Rechtspopulismus zu erklären, greifen Beobachter:innen häufig auf die Kategorien Stadt und Land zurück. Die urbanen Zentren sind demnach geprägt von Erfahrungen der Migration, Pluralisierung, kulturellen Diversität und weltanschaulichen Toleranz; die ländlichen Regionen von Einfältigkeit, demographischer Entleerung, rigider sozialer Kontrolle und Konformitätsdruck. Aus dieser Perspektive ist es kein Wunder, dass im Falle gesellschaftlicher Modernisierungsschübe und sozialer Polarisierung die große Regression v.a. auf dem Land ihren Anfang nimmt. Der Stadt-Land-Gegensatz scheint an Bedeutung zu gewinnen, weil er aus verschiedenen – auch konträren Positionen – einen Zweck erfüllt: So ist der ländliche Raum wahlweise kulturell rückständig und reaktionär, ökonomisch abgehängt und deshalb rechts oder Sinnbild der »einfachen Menschen« mit verunglimpften Heimat- und Gemeinschaftsbedürfnissen; die Stadt gilt dementsprechend als hip und dynamisch, Zentrum wirtschaftlicher und kultureller Innovation oder Ort von Eliten und Gutmenschen. Administrative Klassifikationen (eine Siedlung mit mehr als 2.000 Einwohner:innen ist eine Stadt) und Wahlkreiseinteilungen (auf der Ebene von Wahlbezirken sieht es schon wieder ganz anders aus) lassen hingegen die relative Willkür der zugrunde liegenden Einteilungen erkennen. Und wissenschaftlich, v.a. seitens der Sozialgeographie und Stadtsoziologie, hat sich das Denken in Stadt-Land-Kategorien schon länger abgenutzt (Sieverts 1997; Gestring 2013; Brenner/Schmid 2014; Höhne 2015). Technologischer Fortschritt, kapitalistische Inwertsetzung, Zunahme sozialer und räumlicher Mobilität, kulturelle Differenzierung oder Individualisierung von Lebensformen mussten in der Begriffsbildung berücksichtigt werden. Kapital, Arbeit, Menschen, Informationen, Wissen und Güter befinden sich zwischen den Orten, Regionen und Ländern in ständigem Austausch. Lebensweisen streuen quer durch den geographischen Raum. Soziale Ungleichheit, demographische Entwicklung, politische Orientierungen oder interpersonale Bindungen sind innerhalb von Städten ebenso ausdifferenziert

wie nicht alle Dörfer ökonomisch abgehängt und kulturell verödet sind. Kurz: Das Stadt-Land-Schema ist nicht in der Lage, solche Differenzierungen angemessen zu erfassen. Es ist daher schlüssiger, Stadt und Land als Kontinuum und in Hinblick auf Wechselwirkungen und Abhängigkeiten zu betrachten; der »Gegensatz zwischen Stadt und Land«, so auch Förtner et al. (2019: 31), muss »hinterfragt bzw. als dynamisches und veränderbares Verhältnis begriffen werden«. Seit den Anfängen der Soziologie, als sich Stadt und Land als erkenntnisleitende Kategorien etabliert haben, ist also viel passiert. Passiert ist auch Ideologiekritik. Dementsprechend hat sich gezeigt, dass der Stadt-Land-Kontrast eine »zentrale Funktion innerhalb der theoretischen Modellierungen der Moderne« erfüllt (Höhne 2015: 40) und an ihm aus politischen Gründen festgehalten wird. Tatsächlich aber, so Neil Brenner und Christian Schmid, die die Interdependenz und Entgrenzung im Bild der *Planetary Urbanization* festhalten, ist die Vorstellung des Nicht-Städtischen »an ideological projection« (2014: 162).

Genau besehen sind Stadt und Land keine tauglichen Kategorien, wenn es um die Erklärung und Zurückdrängung autoritärer, rassistischer, nationalistischer oder antifeministischer Denk- und Handlungsformen geht. Sie sollten ohne diese Schablonen (moderne und bunte Stadt vs. rückständiges und braunes Dorf) auskommen. Das heißt jedoch nicht, dass der lokale Alltag nicht wichtig ist. Im Gegenteil: Politische Haltungen sind ohne Bezugnahme auf die Erfahrungen im sozialen Nahraum und ihre subjektive Auslegung schwerlich zu verstehen. Insofern ist entscheidend, die konkreten Ortsverständnisse zu kennen sowie politisch mit und an ihnen zu arbeiten.

3. Expert:innendiskurse – Städtische Probleme und städtischer Rechtspopulismus

Im Rahmen unserer Fallstudie haben wir eine Reihe von Interviews mit Expert:innen (n=18) aus Kommunalpolitik und -verwaltung, Verbänden und Vereinen sowie der Zivilgesellschaft (Kirche, Soziokultur etc.) geführt. Die Aussagen, so meine Interpretation,² lassen in der Summe eine argumentative Auf- und Abwertung des Städtischen als Maßstab sozialer Praxis erkennen, die dazu tendiert, den Rechtspopulismus vom Ortsverständnis zu entkoppeln.

Gerade in der Populismusdebatte haben Expert:innen keinen guten Ruf. Selbst wenn die pauschale Kritik am vermeintlichen Fachidiot:innentum unberechtigt ist, sind Expert:innen auch für Sozialwissenschaft keine Quelle der Wahrheit. Ihre Befragung dient hingegen der Rekonstruktion von Wahrnehmungen und Erfahrungen, die im Kontext von mitunter umstrittenen Entwicklungen

2 Für eine konträre Interpretation siehe Feustel 2021.

und Entscheidungen stehen. Expert:innenwissen ist somit einerseits tatsächlich Betriebswissen über die Abläufe in bestimmten Institutionen. Es ist andererseits aber auch Wissen, das mit besonderer Macht ausgestattet ist und daher orientierungs- und handlungsleitend für Nicht-Expert:innen wirkt oder die Umstände ihres Handelns strukturiert (Bogner et al. 2014).

Die größten Probleme der Stadt Leipzig, so geben es die befragten Expert:innen übereinstimmend wieder, hängen mit der demographischen Dynamik und der damit verbundenen Infrastrukturentwicklung zusammen. Mitbedingt durch Versäumnisse in der politischen Regulierung dieser Dynamik sei es zu einer ungleichen räumlichen Entwicklung gekommen. Nachdem sie – v.a. nach dem Ende der DDR – lange geschrumpft ist, wächst die Stadt seit ca. 2010 mit enormer Geschwindigkeit. Der Verwaltungsapparat sei, so die Befragten, hinsichtlich Personalkapazität wie auch Kompetenz auf die Anforderungen nicht eingestellt; Kindergärten, Schulen, der lokale Sozialstaat kämen an Belastungsgrenzen. In exemplarischer Weise räumt etwa ein Lokalpolitiker der SPD ein: »Ich finde diesen Begriff Wachstum aufgrund der Geschwindigkeit inzwischen gar nicht mehr positiv für Leipzig.« Durchweg nehmen die Befragten ein soziales und kulturelles Auseinanderdriften der Stadtquartiere im Prozess des Wachstums wahr. Insbesondere die peripher gelegenen Ortsteile seien Auffangbecken geworden für verschiedenste Gruppen, die sich das Leben anderswo in der Stadt nicht mehr leisten können. Peripherisierung, wie die genannten Ortsteile sie erfahren, findet in verschiedenen Dimensionen statt (Kühn/Weck 2013). Die Befragten verweisen auf Prozesse der Abkopplung und der Stigmatisierung, betonen also materielle sowie symbolische Aspekte der ungleichen räumlichen Entwicklung. Man könne sie etwa anhand der Sanierung von Schulen erkennen, die in den randständigen Großwohnsiedlungen vernachlässigt werde, oder an den Tramlinien, auf denen neue und moderne oder noch die Wagen »aus DDR-Zeiten« unterwegs seien (so der Befragte der SPD) – aber auch an der infrastrukturellen Unterausstattung dieser Quartiere, die vor dem Hintergrund des langanhaltenden Bevölkerungsrückgangs erklärbar sei, jedoch heute ein »schwerwiegendes Gefühl des Benachteiligtseins« unter den Bewohner:innen zur Folge habe, wie eine Befragte der Partei Die Linke erklärt. Dass sich soziale Probleme in den Großwohnsiedlungen konzentrieren, ist auf die Wohnungsmarktsituation in Leipzig (Rink 2020) zurückzuführen. Insbesondere die ausschließende Form der Verdrängung (indem durch Preiserhöhung bei Neuvermietung statusniedrige Gruppen vom Zuzug ausgeschlossen werden) befördert die ungleiche Verteilung der sozialen Statusgruppen über die Wohngebiete der Stadt. Für die ungleiche räumliche Entwicklung und die allgemein angespannte Wohnraumsituation trügen auch die Kommunalpolitik und -verwaltung eine Mitverantwortung, so die Befragte des Mieter:innenvereins: »Man hat zu lange gewartet, man hat auch zu lange in Richtung der Wohnungseigentümer und Wohnungsgesellschaften gehört.« In Sachen

Wohnungspolitik, aber auch darüber hinaus sei zudem ein Mangel an Bürger:innenbeteiligung zu beobachten, so ein Grünen-Politiker: »Es geht primär immer um das Thema Akzeptanz schaffen«, aber nicht um ergebnisoffene Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse.

In der Analyse der Interviews wurde der Zusammenhang rekonstruiert, der zwischen den von den Expert:innen beschriebenen städtischen Problemen und ihren Aussagen zum Rechtspopulismus besteht. Im Hinblick auf die skizzierte ungleiche räumliche Entwicklung beschreiben die Befragten eine Situation, die sich als Gelegenheitsfenster für den Rechtspopulismus deuten lässt. Das Missverhältnis zwischen Krisenprozessen und ihrer politischen Verarbeitung schafft demnach einen »populistischen Moment« (Goodwyn 1978; Dubiel 1985) oder hinterlässt eine »Lücke« (Flecker 2008), was dazu führt, dass lang gewachsene Loyalitäten gekappt und politische Neuorientierungen angestoßen werden. Unter diesen Bedingungen erleben viele Bewohner:innen »ihre« Stadt als handlungsunfähig und sehen ihr Vertrauen in politische Institutionen und Repräsentant:innen enttäuscht. Dieses Argument wird von den Aussagen der Expert:innen gestützt. Aus der materiellen und symbolischen Vernachlässigung bestimmter Stadtteile resultiert demnach ein Konkurrenzgefühl, das sich auch in der Übernahme rechter Ressentiments niederschlägt. Exemplarisch schildert ein Sozialarbeiter die Sicht vieler seiner Klient:innen: »Jahrelang ist nichts passiert und jetzt kommt noch wer, der an deiner Tischdecke zuppelt, der noch irgendwie was vom Kuchen abhaben will.« Sei der Streit um Wohnungen oder Unterstützungsleistungen auch häufiger behauptet als tatsächlich erlebt, hat er doch Konsequenzen, so ein befragter Gewerkschafter: »Diese Konkurrenzsituation um Schulplätze und Kita-plätze und die Tatsache, dass die so ausgestattet sind, wie sie ausgestattet sind, das spielt Populisten oder spielt AfD und Co. total in die Hände.« Anhand der Wohnungsprobleme lässt sich die Argumentation der Expert:innen zum Hintergrund populistischer Ressentiments und rassistischer Stereotype verdeutlichen. So sei etwa an der Tendenz, die Schaffung bezahlbaren Wohnraums gegen den Bedarf an Frischluftschneisen zu stellen, die der Gewerkschafter beobachtet, ein gewisses »Gefälle zwischen Eliten und Normalbürger[n]« erkennbar. Gegen »die da oben« richteten sich nach Aussage des Befragten der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft zuletzt auch vermehrt die Kommentare der Mieter:innen aus Leipzig-Grünau, einer der größten DDR-Plattenbausiedlungen. Die Bewohner:innen fühlten sich mit den Veränderungen im Stadtteil allein gelassen; niemand habe sie gefragt, »ob sie das überhaupt so wollten«. Vorwürfe treffen auch ein Wohnungsunternehmen, das »ganze Blöcke nicht saniert und eben dort nur tatsächlich Migranten reingesteckt [hat]« (Sozialarbeiterin). Im Ergebnis würden genau jene Bilder geschaffen, die der Rassifizierung von sozialen Problemen Vor-schub leisten.

Soweit beschreiben die befragten Expert:innen im Grunde genommen sehr genau, wie aus ihrer Sicht städtische Probleme, insbesondere die ungleiche räumliche Entwicklung, rechtspopulistische Ressentiments befördern. Als *städtisches* Phänomen wollen sie rechte Deutungs- und Handlungsmuster dennoch *nicht* betrachten. Dabei ist ein Wechsel des Registers auffällig: Innerhalb des Erzählrahmens ›Städtische Probleme‹ steht die politische Nachfrage im Vordergrund, wird explizit ›Rechtspopulismus‹ als Erzählrahmen eingeführt, rückt das (ausbleibende) rechte Angebot ins Zentrum. Rechtspopulismus sehen die Befragten in erster Linie in der AfD verkörpert, deren Agenda über plakative Parolen hinaus keine lokalpolitische Anbindung habe. Die Arbeit der Partei im Stadtrat wird als sachlich nicht relevant beschrieben – »Die haben nichts auf der Pfanne«, so ein Befragter aus dem Oberbürgermeisterbüro – und folge mehr oder weniger schematisch den Kampagnen der Bundespartei. Die Argumentation legt nahe, dass die Wahlentscheidung für die AfD also nichts mit den Problemen vor Ort zu tun habe. Oder anders: Wer AfD wählt, tut es nicht, weil sie:er von der Partei lokalpolitisches Engagement erwartet. Der befragte Politiker der Grünen nimmt denn auch an, »dass da Dinge im Hirn tiefer sitzen, an Vorurteilen, die erst mal gar nichts mit Stadtentwicklung zu tun haben«. Aber wenn der städtische Alltag und seine Probleme keine (maßgebliche) Rolle für den Rechtspopulismus spielen, was dann? Zu den »Dingen«, die »im Hirn tiefer sitzen«, gehört, was der Gewerkschafter eine prinzipielle »Veränderungsverweigerung« nennt. Sie wird häufig mit der DDR-Vergangenheit und der Transformationsgeschichte begründet: »Die sagen, also gerade im Osten: Wir haben schon mal eine riesige Veränderung hinter uns. Da wurde mit uns mindestens Schindluder getrieben und zwar im großen Stil. [...] Und daraus ergibt sich dann so eine Einschätzung von wegen, ›Wir wollen hier keine Fremden haben‹.« Ein ebenfalls interviewter Pfarrer ergänzt, dass sich im Rechtspopulismus ein Problem mit veränderten gesellschaftlichen Leitbildern ausdrücke, etwa »dass es mehr [als] zwei Identitäten gibt«. Für das AfD-Umfeld »ist das zu anstrengend, was wir hier machen«. V.a. aber werden rechte Denk- und Handlungsweisen auf den Medieneinfluss zurückgeführt: »Es spielen da die ganzen globalen, diffusen Ängste, die ohnehin in den Medien sehr stark mittransportiert werden, das spielt da alles eine Rolle.« (SPD-Befragter) In Teilen der lokalen und regionalen Berichterstattung finde eine »Volksverdummung« statt, kritisiert der Grüne, und das »Verblödungsfernsehen« präge den Alltag stärker als die Erfahrung auf der Straße, mutmaßt der Befragte des kommunalen Wohnungsunternehmens.

Wenn die für unsere Studie befragten Expert:innen (vgl. Kap. 3 u. 4 in Bescherer et al. 2021) den Rechtspopulismus unabhängig von der Stadtentwicklung betrachten wollen, geht es ihnen nicht darum, unliebsame Entwicklungen auszusitzen, zu verschweigen oder schönzureden. Dass der Rechtspopulismus kein *städtisches* Problem sei, wird in erster Linie darauf zurückgeführt, dass es keine

rechte Stadtpolitik gebe. Rechte Denk- und Handlungsweisen im Alltag, abseits von Wahlverhalten oder organisiertem Aktivismus, stehen für die Befragten nicht in einem lokalen Zusammenhang. Stattdessen werden der ostdeutsche Kontext sowie überlokale gesellschaftliche Veränderungen betont. Eine zentrale Rolle für die Rechtsverschiebung im politischen Spektrum wird schließlich »den Medien« zugeschrieben – oftmals auffällig pauschal und einseitig, also ohne das aktive Moment in der Medienrezeption noch zu erwähnen. Kurz: Die Gründe für den Aufstieg des Rechtspopulismus, der auch vor Ort zu beobachten sei, müssen in den Augen der Expert:innen auf tieferer (biographischer, psychologischer) und höherer (gesellschaftlicher, medialer) Ebene als der städtischen gesucht werden.

Die Art und Weise, in der im rekonstruierten Expert:innendiskurs auf die Stadt Leipzig Bezug genommen wird, verdeutlicht m.E. ein bestimmtes Ortsverständnis bzw. den Umgang mit Ortsverständnissen. Die Bezugnahmen auf den *städtischen* Kontext des Rechtspopulismus als die Ebene der bloßen Manifestation eines *gesellschaftlichen* Problems entspringen einem Dilemma. Einerseits sind die Befragten um die Aufrechterhaltung ihrer politischen Handlungsfähigkeit bemüht, die sie auf der lokalen Ebene sehen. Andererseits wollen sie nicht in die »local trap« (Purcell 2006) laufen, also bloß aus der Perspektive »ihrer« Stadt argumentieren, ohne gesamtgesellschaftliche Änderungsbedarfe zu berücksichtigen. Die Vermittlung der lokalen mit der gesamtgesellschaftlichen Ebene führt immer wieder zu Problemen. Die Verschränkung der Maßstabebenen, v.a. wie gesellschaftliche Prozesse sich lokal nicht nur abbilden, sondern in spezifischer Weise adaptiert werden, kommt, wie beim Verweis auf »die Medien«, zu kurz. Unklar bleibt etwa, wie das gesellschaftlich überlieferte rassifizierte Wissen (Hiel-scher 2019) die Empörung über soziale Probleme, wie die Wohnraumversorgung, kontaminiert. Im Ortsverständnis der Expert:innen stehen sich Gesellschaft und Stadt einander letztlich unvermittelt gegenüber.

4. Mieter:innen – Rechtspopulistische Deutungen der Wohnungsfrage

Ein problematisches Ortsverständnis zeigt unsere Studie auch auf der Quartiers-ebene. Am Thema Wohnen kann hier die diskursive Platzierung krisenhafter sozialer Prozesse auf bestimmten räumlichen Maßstabebenen nachvollzogen werden. Sie hat, so möchte ich zeigen, weitreichende politische Folgen, geht sie doch, zumindest teilweise, mit einem engen und ausgrenzenden Ortsverständnis einher. Methodisch stützt sich dieser Teil der Studie, wie auch die im dritten Kapitel umrissenen Ansätze zur Lösung rassistischer Verknüpfungen der Wohnungsfrage, auf meine Erfahrungen in einer Leipziger Mieter:inneninitiative. Das zugrunde liegende empirische Material umfasst leitfadengestützte Interviews mit

Mieter:innen, die an der Initiative beteiligt sind, v.a. aber informelle Gespräche, eigene Beobachtungen und Erlebnisse (Haustürgespräche, Versammlungen, Veranstaltungplanung und -durchführung, Protestaktionen etc.).³ Im Folgenden will ich den Stadtteil und das lokale Wohnungsproblem vorstellen und von dort ausgehend drei Muster skizzieren, in denen die rechtspopulistische und rassistische Deutung der Wohnungskrise erfolgt.

Das untersuchte Quartier befindet sich im nordöstlichen Stadtgebiet. Es liegt in räumlicher Nähe zu einem jungen, migrantisch und studentisch geprägten Szenestadtteil, unterscheidet sich aber – bemessen an Interviewaussagen und Stadtdiskurs (Liebmann 2019) – lebensweltlich stark von ihm. Im Ortsteil ist das Nettoeinkommen der Haushalte niedriger und die SGB-II-Quote höher als im städtischen Durchschnitt. Viele Bewohner:innen sind höheren Alters und haben hier einen Großteil ihres Lebens verbracht, aber auch der Anteil an (jüngeren) Menschen mit Migrationsgeschichte hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Wahlbeteiligung ist generell gering, das Wahlverhalten spricht jedoch für eine große politische Dynamik, haben doch CDU und insbesondere SPD stark an Stimmen verloren, Die Linke und die AfD hingegen an Zuspruch gewonnen. Ab 1905 begann der »Bauverein zur Beschaffung preiswerter Wohnungen« im Süden des Ortsteils Wohnungen für einfache Post- und Bahnbeamt:innen zu errichten. Lange in genossenschaftlicher Hand, wurden die Bestände 2005 an die österreichische Immobiliengesellschaft Conwert verkauft, die ihrerseits 2017 an das in Deutschland marktführende Wohnungsunternehmen Vonovia übergang.

Der Verkauf an die börsennotierte und renditeorientierte Vonovia hat unter den Mieter:innen, die ich während der Feldforschung kennenlernte, ein Gefühl entfremdeten Wohnens hervorgerufen. Mit diesem Begriff (*residential alienation*) beschreiben Madden und Marcuse (2016: 53-83) die subjektive Wahrnehmung und Verarbeitung von Mietsteigerung, Aufwertung und Verdrängung. Ihrer Analyse nach durchleben die Betroffenen eine persönliche Krise, die mit Unsicherheit, Stress, Besorgnis und Ohnmacht einhergeht. Die bedrohte Wohnsituation und Unzufriedenheit mit der Versorgungslage oder den Infrastrukturen am Wohnort, so haben auch andere Studien gezeigt (für Deutschland etwa Alisch/zum Felde 1990; Dörfler 2010), ruft Gefühle des Kontrollverlusts hervor und erfordert bestimmte Bewältigungsstrategien, die abwertenden und ausgrenzenden Charakter annehmen können (Hillje 2018; Mullis 2021; Rinn/Wiese 2020). Die Situation der Bewohner:innen im untersuchten Quartier kann sowohl in Bezug auf das Mietverhältnis als auch die Nachbarschaft als entfremdetes Wohnen beschrie-

3 Der Inhalt dieses wie auch des dritten Abschnitts geht aufgrund meiner Beteiligung an der beschriebenen Auseinandersetzung auch auf Formen kollektiver aktivistischer Wissensproduktion und auf Diskussionen unter Mieter:innen und Aktivist:innen zurück (Choudry 2014). Gruß und Dank an die Beteiligten!

ben werden. Wenn es sich dabei auch um kein ostdeutsches Problem handelt, ist doch die Referenzfolie für Entfremungskritik im Osten aufgrund der DDR-Vergangenheit und der Erfahrung des genossenschaftlichen Wohnens eine andere als im Westen. Viele der beanstandeten Bewirtschaftungspraktiken hängen aus Sicht der Mieter:innen dementsprechend mit dem spürbaren Verwertungsinteresse des Wohnungsunternehmens zusammen, das keine andere Verbindung zum Quartier hat als das »nackte Interesse« hoher Einnahmen, wie schon Marx das einzige Band beschrieb, das die Bourgeoisie zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen habe. Die Veränderungen in der Nachbarschaft werden von dieser Warte aus beurteilt – so auch der fehlende Zusammenhalt der Hausgemeinschaft und die Anonymität des Lebens im Stadtteil. »Zu DDR-Zeiten«, führen verschiedene Befragte an, habe es das nicht gegeben. Die Angst, das »Eigene« zu verlieren, erweist sich als Folge der Kommodifizierung von Tätigkeiten, die früher als gemeinschaftliche Aufgaben angesehen wurden. Eine Mieterin beschreibt, dass damals die Pflege der Grünflächen oder die Treppenreinigung »in Eigenregie« durchgeführt wurde und das Zusammenleben daher »sozialer« und »nicht [mit] Profitgier behaftet« war. Jetzt hingegen handelt es sich um Dienstleistungen, die die Gemeinschaftlichkeit gewissermaßen unterhöheln. Auch die Veränderung des Quartiers wird in Absetzung von der (idealisierten) Vergangenheit beschrieben, wobei ausgrenzende Kulturalisierung keine Seltenheit ist (in vergleichbarer Weise für Stuttgart: Mackenroth 2021; für Frankfurt am Main: Mullis 2021). Als in bestimmter Hinsicht problematisch wird etwa die Veränderung der Gewerbestruktur und des Gastronomieangebots beschrieben: »Ja, also deutsche Küche fehlt.« Politik und Vermieter:innen würden mehr »kulturelle Vielfalt« ins Quartier bringen wollen, was die Anwohner:innen als Bruch mit Normalitätserwartungen betrachten: »Viele sagen: Man fühlt sich nicht mehr heimisch«, bringt es eine Befragte auf den Punkt.

Entfremdetes Wohnen verändert die Bedeutung, die Mieter:innen »ihren« Orten zuschreiben. Es entscheidet mit darüber, wie gesellschaftliche Veränderungen im Alltag erlebt werden, etwa ob Migration als Bedrohung, Bereicherung oder Selbstverständlichkeit städtischen Zusammenlebens gesehen wird (Belina 2017: 103). Im Rückgriff auf das empirische Material lassen sich drei Muster der rechtspopulistischen Verknüpfung von Bedürfnissen nach angemessener Wohnqualität und bezahlbarer Miete rekonstruieren, die ich als *Schuldzuweisung*, *Relevanzverschiebung* und *Linksautoritäre Mischung* beschreiben möchte.

Ein erstes Muster kann als *Schuldzuweisung* bezeichnet werden: Mieter:innen schreiben die Verantwortung für ihre prekäre Wohnsituation einer »dritten Partei« zu. Sie schwächen ihre strukturelle Macht gegenüber den Vermieter:innen, indem sie Unterscheidungen nach Herkunft, Kultur oder auch Leistung einführen. Eine weit verbreitete Wahrnehmung dieser Art ist die vermeintliche Ressourcenkonkurrenz: »Immer rein nach Leipzig und die Deutschen unter der Brücke

und die Ausländer kriegen die Wohnung«, so eine Mieterin. Außer auf Wohnraum erstreckt sich die Konkurrenz auch auf Anerkennung und Wertschätzung: »Warum gibt es eine kostenfreie Mietrechtsberatung oder Sozialberatung für unsere Immigranten und nicht für uns?« Dass die Heizkosten nicht dem tatsächlichen Verbrauch entsprechend, sondern anhand einer Flächenpauschale abgerechnet wurden, hat unter den Mieter:innen begreiflicherweise für Empörung gesorgt. Sie ist jedoch dann besonders groß – und rassistisch, weil die Konstruktion homogener Wir- und Die-Lager voraussetzend –, wenn Geflüchtete im Haus leben, müssen die Alteingesessenen es doch mitbezahlen, »wenn die Ausländer die Heizung aufdrehen und gleichzeitig die Fenster aufreißen«. Außer an Menschen mit Fluchterfahrung gehen Schuldzuschreibungen an die Adresse der Hausmeister:innen, die für ihre mangelnde Arbeitsmoral gescholten werden: »Die Objektbetreuer sind zu faul, den Müll einzusammeln.« Und auch die verbreitete Distanz zu Politik folgt diesem Muster: »Die Politiker, die leben in ihrer Traumwelt. [...] Die müsstest mal in so einer Wohnung wohnen mit solchen Leuten, mal ein halbes Jahr, mal sehen, was die dann sagen.« Die »dritte Partei« kann schließlich eine verräumlichte »Störung von außen« sein. Im Fall der Vonovia-Siedlung äußerten mehrere Mieter:innen ihre Angst, Probleme mit Kriminalität, Müll, Lautstärke etc. könnten aus dem nahegelegenen multiethnischen Quartier, das medial heftig stigmatisiert wird, in ihren Stadtteil »herüberschwappen«.

Ein zweites Deutungsschema lässt sich als *Relevanzverschiebung* zusammenfassen: Der Antagonismus zwischen Mieter:innen und Wohnungsunternehmen wird anderen Beschwerden untergeordnet. Es geht dann nicht mehr um die Belastung durch hohe Wohnkosten oder die Ungerechtigkeit am Wohnungsmarkt, sondern um »Probleme mit Ausländern«. Steigende Mieten und die häufig fehlerhaften Betriebskostenabrechnungen werden durchweg bemängelt, aber Handlungsbedarf wird von einem Teil der Mieter:innen an anderer Stelle gesehen: »Ich will meine Ruhe haben, mir reichen schon die Ausländer«, stellt etwa ein Befragter die Probleme mit Vonovia zurück. Drastische Äußerungen in diese Richtung konnten wir auch bei Haustürgesprächen hören, die der Gründung der Mieter:inneninitiative vorausgingen: »Was macht ihr denn eine Mieterinitiative? Ihr müsst was gegen die Ausländer unternehmen!« Oder bei der ersten Versammlung, zu der wir eingeladen hatten, um über bezahlbare Mieten zu sprechen, und wo eine Mieterin mitteilte, sie sei gekommen, »weil wir eine Bürgerwehr brauchen«. Die Gründung der Initiative befürworteten die Mieter:innen, was aber nicht heißt, dass alle aus der Nachbarschaft gleichermaßen willkommen sind: »Habt ihr toll organisiert. Aber warum habt ihr denn die Araber eingeladen?«, wurden wir etwa bei der Gründungsfeier im Sommer 2019 gefragt. Das Wohnungsunternehmen taucht in diesem Deutungsrahmen nur deshalb auf, weil es nichts gegen die »lauten Ausländer« unternehme: »Wir haben gemeinschaftlich ein Lärmprotokoll gemacht. Aber Vonovia reagiert nicht darauf.« Mieter:innen, die diesem Deutungsmuster

folgen, sind sogar bereit, die Aufwertung des Quartiers zu akzeptieren, solange Gewerbe und Gastronomie damit »wieder deutscher« werden. Die Erfahrungen mit den Vermieter:innen werden gewissermaßen überschrieben durch die kategoriale Differenz zu »Ausländern«.

Ein drittes Muster der rechtspopulistischen Deutung der prekären Wohnsituation nenne ich *Linksautoritäre Mischung*. Der Begriff soll verdeutlichen, dass es sich um die Verschmelzung gegensätzlicher Orientierungen handelt: der Kritik einer angeblich unlauteren Ressourcen- und Aufmerksamkeitskonkurrenz mit der Kritik an Kommodifizierung. Beispielhaft ist die Annahme, Vonovia vermiete gezielt an Migrant:innen, »weil sie die Miete vom Staat kriegten. [...] Dann ist das sowieso egal, wie dreckig es aussieht, Hauptsache, sie kassieren.« Oder, in einer anderen Variante: Vonovia vermiete an Migrant:innen, um Alteingesessene aus der Nachbarschaft zu verdrängen und die frei werdenden Einheiten teurer neu vermieten zu können. Die vermeintliche Diversitätspolitik (»Die wollen Ausländer reinnehmen, damit hier eine kulturelle Vielfalt reinkommt.«) wird in diesem Sinne auf ökonomische Motive zurückgeführt. Die Alteingesessenen antworten ihrerseits mit Monokultur, etwa in Hinblick auf Lautstärke und Erziehung: »Und dann spielen die abends auf der Straße Fußball. Also, nee. Das sind Sitten.« Häufig sind solche Stereotype verbunden mit dem Vorwurf, Vonovia kläre nicht genügend über die »deutschen Sitten« auf. Linksautoritarismus, eine »Kombination aus sozialprotektionistischer Wirtschafts- und Sozialpolitik einerseits und einem kulturellen Autoritarismus andererseits« (Jörke/Nachtwey 2017: 165), entspricht der Perspektive der Mieter:innen, Angriffe von innen (neoliberale Politik und Wirtschaft) wie von außen (Migration) abwehren zu müssen, um zu ihrem Recht zu kommen.

Die rechtspopulistischen Deutungen der entfremdeten Wohnsituation – die keine zwangsläufige Reaktion und auch empirisch nicht bei allen Mieter:innen im untersuchten Quartier anzutreffen sind – sind krasse Ausprägungen eines verengten und ausgrenzenden Ortsverständnisses. In Reaktion auf die aktuell problematische Situation neigen die Betroffenen zu einer Idealisierung der Vergangenheit »ihres« Stadtteils, die Heterogenität und Konflikt ausblendet.

5. Aktivist:innen – Für Solidarität und ein inklusives Ortsverständnis!

Gegen dieses ausgrenzende Ortsverständnis richten sich die Aktivist:innen – darunter der Autor –, die im Frühjahr 2019 im Quartier eine Initiative für bezahlbares Wohnen angestoßen haben. Neben dem Expert:innendiskurs zum städtischen Rechtspopulismus und den rassifizierenden Bearbeitungsweisen prekärer Mieter:innen sind Erfahrungen und Ansätze der mietenpolitischen Bewegung in

der Auseinandersetzung mit rechten Ressentiments ein dritter Baustein unserer Forschung. Ich will im Folgenden dokumentieren und diskutieren, wie die Leipziger Initiative mit dieser Herausforderung umgeht und welches Ortsverständnis sie entwickelt.

Die Arbeitsweise der Initiative, die sich selbst als *Mietergemeinschaft*⁴ bezeichnet, ist an den Grundsätzen des *Transformative Community Organizing* (TCO) orientiert. Community Organizing, Gemeinwesenarbeit, ist eine Säule der Sozialarbeit (Stövesand 2019) und zudem, v.a. in den USA, ein Prinzip zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation, das mit einer »variety of different political goals« und »different kinds of organizations« (Fisher/DeFilippis 2015: 370) einhergehen kann. Als *Transformative Community Organizing* bezeichnen stadtteil- und wohnungspolitische Initiativen ihre Zusammenarbeit mit Nachbarschaften, die darauf zielt, strukturelle Ungleichheit und Ausgrenzung zu überwinden (Maruschke 2014; zur neueren Debatte Kunkel/Seppelt 2021). Ausgangspunkt sind dabei Probleme im (städtischen) Alltag, die – wie die prekäre Wohnsituation – nach konkreter Abhilfe verlangen, aber letztlich nur durch gesellschaftliche Veränderung behoben werden können. In den Alltag integrierbar sollen auch die Formen der Beteiligung sein. Dafür sind belastbare soziale Beziehungen und Vertrauen zwischen den Mitwirkenden wesentlich; nur so wird die Zusammenarbeit subjektiv bedeutsam und Handlungsfähigkeit erfahrbar. Der Aufbau effektiver Gegenmacht soll über Organisation erfolgen. Darunter ist die strukturierte Zusammenarbeit zu verstehen, die den Einzelnen eine jeweils angemessene Form von Verantwortung überträgt und darum bemüht ist, alle von den festgestellten Problemen (hier: fehlerhafte Nebenkostenabrechnungen, ungerechtfertigte Modernisierungsumlage, entpersonalisierte Verwaltungsabläufe etc.) Betroffenen einzubeziehen. Mit der Orientierung am Alltag ist Offenheit gegenüber anderen Milieus und Lebensentwürfen verbunden; Gemeinsamkeiten werden gerade auch dort gesucht und aktiv hergestellt, wo man sie kulturell oder habituell nicht unbedingt erwartet. Offenheit darf aber nicht mit Beliebigkeit verwechselt werden und muss deshalb mit Klarheit einhergehen. Das heißt, die Organizer:innen nehmen eine politische Haltung ein, die sie benennen und offensiv vertreten.

Auf dieser praktisch-strategischen Grundlage – die von der Covid-19-Pandemie erschüttert, aber keineswegs zerstört wurde (Bescherer/Heller 2021) – will die Mieter:inneninitiative den Konflikt mit Vonovia in kollektiv-organisierter Form austragen, darüber hinaus die Bewohner:innen aber auch für weitergehende Veränderungen der Wohnraumversorgung gewinnen und Einfluss auf die Kommunalpolitik nehmen. Dabei stoßen die Organizer:innen unter den Mieter:innen

4 Die Aktivist:innen haben sich trotz Bauchschmerzen darauf eingelassen, die Bezeichnung nicht nonbinär zu gendern; für die Mieter:innen kam eine Formulierung mit Sternchen, Doppelpunkt o.Ä. nicht infrage.

immer wieder auf die oben beschriebenen rechtspopulistischen Deutungen. Dem Prinzip nach soll die aktivistische Intervention im Quartier Erfahrungen der Zusammenarbeit und der Konfliktaustragung ermöglichen, die den Blick der Einzelnen auf Gesellschaft und die Beziehungsweisen zwischen ihnen verändert. In diesem Sinne können erlebte Solidarität und Differenz Vorurteile abbauen und Ressentiments entkräften. Im Einzelnen haben die Organizer:innen bislang folgende Wege des Umgangs mit rechten Ressentiments eingeschlagen:

Für die Art und Weise der Reaktion auf problematische Bemerkungen haben sich Kontext und Zeitpunkt als entscheidend erwiesen. Gemäß dem Prinzip der Offenheit werden rassistische Bemerkungen zunächst nicht als Ausdruck eines geschlossenen rechten Weltbildes, sondern als Verallgemeinerung einzelner Erfahrungen und Übernahmen aus gesellschaftlichen Diskursen betrachtet. Fallen solche Bemerkungen im Rahmen einer Versammlung, wird die Diskussion gezielt auf den Konflikt mit dem Wohnungsunternehmen zurückgelenkt. Niemand soll vorgeführt, aber Diskriminierung auch keine Bühne gegeben werden. In den Pausen oder in kleineren Gesprächsrunden wird die Auseinandersetzung offensiver geführt, mit Argumenten, Grenzziehungen oder auch der Äußerung persönlicher Ängste vor dem gesellschaftlichen Rechtsruck. Solche schwierigen Gespräche kommen überhaupt nur zustande, weil es gelungen ist, tragfähige Beziehungen zu den Mieter:innen aufzubauen. Sie können aber, auch das zeigen die Erfahrungen in der Mietergemeinschaft, dazu führen, dass sich Einzelne zurückziehen.

Häufig ist aufseiten der Mieter:innen eine Art Abspaltung und Ausgliederung des »Problembereichs Ausländer« zu beobachten, die dem produktiven Streit entgegensteht. In Erwartung erwünschten Verhaltens sowie auch aus Konfliktvermeidung kommentieren sie ihre eigenen Vorurteile mit der Bemerkung »Ich weiß, ihr seht das anders«. Es handelt sich um eine Form, der Diskussion auszuweichen, die aber vor dem Hintergrund der großen Wertschätzung betrachtet werden muss, die die Mieter:innen der Initiative als sozialem Ort entgegenbringen.

Die Auseinandersetzung mit Rassismus liefere anders, wären Migrant:innen in der Mieter:inneninitiative vertreten. Ihr Anteil an der Nachbarschaft hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Dass sie sich nicht angesprochen fühlen, mag der Sprachbarriere geschuldet sein, die auch durch die Übersetzung einzelner Flugblätter nicht überwunden werden kann (ähnlich Mullis/Zschocke 2019: 23f.). Ein weiterer möglicher Grund ist, dass sich insbesondere Menschen mit Fluchtbiographie bei Problemen eher an institutionelle Strukturen wie Quartiers- und Stadtteilmanagement wenden. Es ist zudem kein Zufall, dass v.a. alteingesessene Bewohner:innen zu den Versammlungen kommen. Der Verdrängungsdruck dürfte für sie subjektiv und emotional sehr groß sein. Geflüchtete haben ihrerseits keine Geschichte im Quartier und tatsächlich werden sie bei Vonovia häufiger fündig als bei anderen Vermieter:innen. Letztlich darf nicht vergessen werden, dass der Rassismus, mit dem Menschen mit Fluchtbiographie konfrontiert sind, von ihnen

Dankbarkeit und Unterwürfigkeit erwartet und es ihnen erschwert, Forderungen zu erheben. Für Mieter:innen mit Flucht- und Migrationsbiographie ist es im Allgemeinen also nicht naheliegend, sich in einer TCO-Initiative zu engagieren. In einer Gesellschaft, die ihnen vielfach mit Diskriminierung oder unklaren Integrationsforderungen begegnet, suchen sie nach Unterstützung vermutlich zuerst in migrantischen Netzwerken und nicht bei einer erkennbar nicht-migrantischen Initiative. Ob es gelingt, eine solidarische Nachbarschaft aufzubauen, wird sich jedoch nicht zuletzt an der Diversität der Initiative selbst entscheiden. Wollen die Alteingesessenen ihre Interessen effektiv durchsetzen, tun sie gut daran, mit dem Quartier in seiner ganzen Breite zusammenzuarbeiten.

Die Auseinandersetzung mit rechten Ressentiments ist auch eine Auseinandersetzung mit dem begrenzten und ausgrenzenden Ortsverständnis. So hat es sich für die Organizer:innen als wichtig erwiesen, die Bedürfnisse der Alteingesessenen nach Wiederherstellung »ihres Stadtteils« nicht pauschal als reaktionär abzutun. Die Bindung an den Ort, mit der Mieter:innen auf die Veränderungen im Quartier reagieren, kann mit Ausgrenzung und Nationalismus einhergehen, sofern sie Halt in der angeblich stabilen und einträchtigen Gemeinschaft vergangener Zeiten suchen. Die Organizer:innen versuchen, die Bedeutung, die der lokale Alltag und die Geschichte des Quartiers für die Bewohner:innen haben, in einer Weise aufzunehmen, die über territoriale Kontrollansprüche hinausweist, indem sie beispielsweise eine Verknüpfung herstellen zwischen der konkreten Situation vor Ort und den Verhältnissen auf anderer, städtischer bis globaler Ebene. Ein Ansatz dafür ist Vonovia selbst, ist das Wohnungsunternehmen doch das größte in Deutschland, hat eine Rechtsform als europäische Aktiengesellschaft und ist über institutionelle Investor:innen in globale Entwicklungen verstrickt. Aber auch ganz praktisch durch den Austausch mit Initiativen aus anderen Städten oder durch Stadtteilspaziergänge, die einen kritischen Blick auf die idealisierte Vergangenheit des Quartiers ermöglichen, versuchen die Organizer:innen, die Abgeschlossenheit des Ortsbezugs aufzubrechen. Ihr Ziel ist ein »global sense of place« (Massey 1991), der den »eigenen« Ort als Schnittpunkt vielfältiger Identitäten und Beziehungen kenntlich macht.

6. Fazit

Ausgangspunkt meiner Überlegungen war die Kritik an der Art und Weise, auf die in der politischen Öffentlichkeit (und teilweise auch der Wissenschaft) Kategorien Stadt und Land und ihr vermeintlicher Gegensatz herangezogen werden, um den Aufstieg des Rechtspopulismus zu erklären. Ich habe hingegen argumentiert, dass der Stadt-Land-Gegensatz empirisch nicht plausibel ist und seine Attraktivität als Diskurselement selbst politischen Erwägungen folgt. Im Gegenzug habe

ich die Bedeutung des lokalen Alltags für politische Orientierungen betont, die quer zum Denken im Stadt-Land-Schema untersucht werden sollte. Anhand eigener empirischer Befunde aus Leipzig habe ich daraufhin eine exemplarische Analyse von solchen Bedeutungszuschreibungen vorgenommen, die in der englischsprachigen Debatte als *Sense of Place* oder eben als Ortsverständnisse bezeichnet werden.

Die Befunde wurden in drei Hinsichten bzw. unter drei Akteursgruppen (Expert:innen, Mieter:innen und Aktivist:innen) erhoben und im Zusammenhang mit dem lokalen Rechtspopulismus diskutiert. Es hat sich gezeigt, dass der Expert:innendiskurs dazu tendiert, lokale Alltagserfahrungen zu vernachlässigen, wohingegen die Mieter:innen – vor dem Hintergrund ihrer prekären Miet- und Wohnsituation – zu einer besonders starken Bindung an den Ort neigen. Die aktivistische Intervention kann schließlich als Arbeit an einem nicht-territorialen Ortsverständnis bezeichnet werden.

Auf allen drei Ebenen finden Prozesse des Scalings und Rescalings statt. Bei der Betrachtung des Rechtspopulismus wird also auf die lokale und die überlokale Maßstabsebene Bezug genommen, um politische Positionen zu untermauern. Die Schwierigkeit besteht darin, die Ebenen zu vermitteln. Denn die einseitige Betrachtung makrosoziologischer Strukturen ist ebenso wenig plausibel wie die Essentialisierung des Lokalen: »Die Ausblendung von Zusammenhängen zwischen verschiedenen Maßstabsebenen tendiert daher gleichzeitig dazu, städtische Probleme unterkomplex zu behandeln, wie sie in einem unüberschaubaren globalen Interdependenzknäuel aufzulösen. Über- und Unterschätzung lokaler Einflussmöglichkeiten werden damit leicht zu zwei Seiten derselben Medaille.« (Bernt/Görg 2008: 238) Auch wenn sie immer wieder von Rückschlägen getroffen wird und mit der fortwährenden Suche nach gelingenden Beziehungen zu den Mieter:innen einhergeht, kommt die aktivistische Tätigkeit diesem Anspruch am ehesten nach. Berücksichtigung findet hier v.a. die Ambivalenz des Alltags: Weil rechte Deutungen der Wohnsituation unhinterfragt mitlaufen, ist er Teil des Problems; weil er ein unabdingbarer Ansatzpunkt für gesellschaftliche Transformation ist, ist er Teil der Lösung.

Literatur

- Alisch, Monika/Felde, Wolfgang zum (1990): »Das gute Wohngefühl ist weg!« Wahrnehmungen, Bewertungen und Reaktionen von Bewohnern im Vorfeld der Verdrängung«, in: Jörg Blasius (Hg.), *Gentrification. Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnquartiere*, Frankfurt a.M.: Campus, S. 277-300.
- Belina, Bernd (2017): »Zur Geographie der Abstiegs-gesellschaft«, in: *Prokla* 47(1), S. 97-104.

- Bernt, Matthias/Görg, Christoph (2008): »Searching for the Scale – Skalenprobleme als Herausforderung der Stadt- und Umweltforschung«, in: Markus Wissen/Bernd Röttger/Susanne Heeg (Hg.), *Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 226-250.
- Bescherer, Peter/Burkhardt, Anne/Feustel, Robert/Mackenroth, Gisela/Sievi, Luzia (2021): *Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie. Stadtentwicklung, Rechtsruck und soziale Bewegungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bescherer, Peter/Heller, Kristina (2021): »Harte Prüfung – Mieter:innen-Organizing im Leipziger Quartier in Pandemiezeiten«, <https://www.move-projekt.de/housing/harte-pruefung-mieterinnen-organizing-im-leipziger-quartier-in-pandemiezeiten/>, aufgerufen am 30.12.2021.
- Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (2014): *Interviews mit Experten. Eine praxisorientierte Einführung*, Wiesbaden: Springer VS.
- Brenner, Neil/Schmid, Christian (2014): »Planetary Urbanization«, in: Neil Brenner (Hg.), *Implosions – explosions. Towards a study of planetary urbanization*, Berlin: Jovis, S. 160-163.
- Candeias, Mario (2020): »Den Aufstieg der radikalen Rechten begreifen. Dimensionen einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit«, in: *Fromm Forum* 24, S. 141-162.
- Choudry, Aziz 2014: »(Almost) Everything you always wanted to know about activist research but were afraid to ask: What activist researchers say about theory and methodology«, in: *The Multidisciplinary Journal of Social Protest* 1(2), S. 75-88.
- Dörfler, Thomas (2010): *Gentrification in Prenzlauer Berg? Milieuwandel eines Berliner Sozialraums seit 1989*, Bielefeld: transcript.
- Dubiel, Helmut (1985): »Das Gespenst des Populismus«, in: *Merkur* 39(8), S. 639-651.
- Feustel, Robert (2021): »Zwischen Skepsis und Sorge«, in: Bescherer et al. (Hg.), *Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie*, S. 78-97.
- Fisher, Robert/DeFilippis, James (2015): »Community organizing in the United States«, in: *Community Development Journal* 50(3), S. 363-379.
- Flecker, Jörg (2008): »Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und ihre politische Verarbeitung«, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hg.), *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Opladen/Farmington Hills: Budrich, S. 79-100.
- Gestring, Norbert (2013): »Stadt und Land. Siedlungsstruktur«, in: Steffen Mau/Nadine M. Schöneck (Hg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands Bd. 2, 3., grundl. überarb. Aufl.*, Wiesbaden: Springer VS, S. 857-869.
- Goodwyn, Lawrence (1978): *The Populist Moment. A Short History of the Agrarian Revolt in America*, Oxford: Oxford University Press.

- Hielscher, Lee (2019): »Mit Rechten reden? Lasst mal lieber über Rassismus sprechen!«, in: sub\urban 7(1-2), S. 153-158.
- Hillje, Johannes (2018): »Rückkehr zu den politisch Verlassenen«, Berlin: Das Progressive Zentrum e.V.
- Höhne, Stefan (2015): »Die Idiotie des Stadtlebens«, in: Zeitschrift für Ideengeschichte 9(2), S. 39-46.
- Jörke, Dirk/Nachtwey, Oliver (2017): »Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie. Zur politischen Soziologie alter und neuer Arbeiterparteien«, in: Dirk Jörke/Oliver Nachtwey (Hg.), Das Volk gegen die (liberale) Demokratie. Leviathan Sonderband 32, Baden-Baden: Nomos, S. 163-186.
- Kühn, Manfred/Weck, Sabine (2013): »Peripherisierung – ein Erklärungsansatz zur Entstehung von Peripherien«, in: Matthias Bernt/Heike Liebmann (Hg.), Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen, Wiesbaden: Springer VS, S. 24-46.
- Kunkel, Kalle/Seppelt, Jana (2021): »Was Organizing (nicht) ist«, in: LuXemburg 1/2021, S. 98-103.
- Liebmann, Michael (Hg.) (2019): Schönefeld mit Abtnaundorf, Neustadt und Neuschönefeld. Ein Leipziger Stadtteillexikon, Leipzig: Pro Leipzig.
- Mackenroth, Gisela (2021): »Wie das Fahrradhäuschen die Wäscheleine verdrängt: Alltag und Ressentiment in einem Stuttgarter Quartier ›mit besonderem Entwicklungsbedarf‹«, in: Bescherer et al. (Hg.), Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie, S. 153-174.
- Madden, David/Marcuse, Peter (2016): In Defense of Housing. The Politics of Crisis, London/New York: Verso.
- Maruschke, Robert (2014): Community Organizing. Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung, Münster: edition assemblage.
- Massey, Doreen (1991): »A global sense of place«, in: Marxism today June 1991, S. 24-29.
- Mullis, Daniel (2021): »Urban conditions for the rise of the far right in the global city of Frankfurt. From austerity urbanism, post-democracy and gentrification to regressive collectivity«, in: Urban Studies 58(1), S. 131-147.
- Mullis, Daniel/Zschocke, Paul (2019): Regressive Politiken und der Aufstieg der AfD – Ursachensuche im Dickicht einer kontroversen Debatte, PRIF Report 5/2019, Frankfurt a.M.: HSKF.
- Purcell, Mark (2006): »Urban Democracy and the Local Trap«, in: Urban Studies 43(11), S. 1921-1241.
- Rink, Dieter (2020): »Leipzig: Wohnungspolitik in einem Wohnungsmarkt mit Extremen«, in: Dieter Rink/Björn Egner (Hg.), Lokale Wohnungspolitik. Beispiele aus deutschen Städten, Baden-Baden: Nomos, S. 177-196.

- Rinn, Moritz/Wiese, Lena (2020): »Politiken sozialer Mischung und die Produktivität von Rassismus im ›gefährlichen Viertel««, in: *Geographica Helvetica* 75 (1), S. 23-36.
- Sieverts, Thomas (1997): *Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land*, Braunschweig/Wiesbaden: Vieweg.
- Stövesand, Sabine (2019): »Gemeinwesenarbeit als sozialraumbezogenes Handlungsfeld«, in: Fabian Kessl/Christian Reutlinger (Hg.), *Handbuch Sozialraum. Grundlagen für den Bildungs- und Sozialbereich*, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer VS, S. 557-579.